

Kleine Anfrage

des Abg. Dr. Hans-Ulrich Rülke FDP/DVP

und

Antwort

des Innenministeriums

Verfahren und Rechtsgrundlage bei der Abweisung von Flüchtlingen

Kleine Anfrage

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Informationen hat sie zur Aussage des Bundesinnenministers de Maizière, es würden täglich 100 bis 200 Flüchtlinge an den Grenzen abgewiesen?
2. Nach welchem Verfahren läuft eine solche Zurückweisung praktisch ab?
3. Auf welcher Rechtsgrundlage läuft diese Zurückweisung ab?
4. Wie beurteilt sie diese Zurückweisungen?
5. Wie sieht sie diese Zurückweisungen vor dem Hintergrund der Aussage des Ministerpräsidenten, die deutschen Grenzen seien nur mit Stacheldraht und Schießbefehl zu sichern?

25.01.2016

Dr. Rülke FDP/DVP

Antwort

Mit Schreiben vom 16. Februar 2016 Nr. 4-1362/191 beantwortet das Innenministerium im Einvernehmen mit dem Staatsministerium die Kleine Anfrage wie folgt:

1. *Welche Informationen hat sie zur Aussage des Bundesinnenministers de Maizière, es würden täglich 100 bis 200 Flüchtlinge an den Grenzen abgewiesen?*
2. *Nach welchem Verfahren läuft eine solche Zurückweisung praktisch ab?*
3. *Auf welcher Rechtsgrundlage läuft diese Zurückweisung ab?*

Zu 1. bis 3.:

Dem Innenministerium liegen hierüber keine Informationen vor. Auf eine entsprechende Anfrage an das Bundesministerium des Innern hat dieses mitgeteilt, dass die Bundesregierung und damit die Bundespolizei ausschließlich dem Kontrollrecht und damit dem korrelierenden Fragerecht des Deutschen Bundestages unterliegen. Deshalb könne zu Angelegenheiten der Bundespolizei auf Anfragen eines Landesparlamentes keine Antwort erteilt werden. Im Übrigen wird auf die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE, „Berichte über geplante Maßnahmen zur Grenzschließung und Zurückweisung von Schutzsuchenden“ (Bundestagsdrucksache 18/7311) verwiesen.

4. *Wie beurteilt sie diese Zurückweisungen?*

Zu 4.:

Es handelt sich um eine Angelegenheit der Bundespolizei. Auf die Stellungnahme zu Frage 1 wird verwiesen.

5. *Wie sieht sie diese Zurückweisungen vor dem Hintergrund der Aussage des Ministerpräsidenten, die deutschen Grenzen seien nur mit Stacheldraht und Schießbefehl zu sichern?*

Zu 5.:

Entsprechende Aussagen des Herrn Ministerpräsidenten fielen im Zusammenhang mit Forderungen nach Grenzschließungen und der Einführung und Durchsetzung von Obergrenzen und sollten plakativ verdeutlichen, dass eine nationale Grenzschließung und Obergrenze nicht funktionieren würden und Lösungen im europäischen Kontext gefunden werden müssen.

Von dieser Frage zu unterscheiden ist jedoch die Frage der Wirksamkeit von Zurückweisungen. Von den Zurückweisungen werden ausschließlich Drittstaatsangehörige erfasst, welche weder in Besitz aufenthaltslegitimierender Dokumente sind, noch Schutz vor politischer Verfolgung suchen.

Gall

Innenminister